

## **Einseitige Mehrwertabgabe im Kantonsrat**

Umzonungen und Erschliessungen von Grundstücken sind für eine Gemeinde mit hohen Kosten verbunden. In unserer Gemeinde ist zum Beispiel im November 2016 von der Arther Stimmbevölkerung ein Planungskredit von 1.7 Millionen Franken für die Standortentwicklung um den Bahnhof Goldau bewilligt worden. Für den Bau einer neuen Erschliessungsstrasse von der Autobahnausfahrt zur Berufsschule wird mit weiteren zwölf Millionen Franken gerechnet. Bezahlt wird dies durch die Steuerzahler der Gemeinde. Die Grundstückbesitzer, deren Boden neben dem Bahnhof durch die geplante Aufzoning und die neue Erschliessung auf einen Schlag Millionen mehr Wert ist, werden diese Wertsteigerung hingegen nicht versteuern müssen, nicht einmal als Einkommen. Das Parlament hat dies an der letzten Kantonsratssession so beschlossen. Die SP und GLP hatten diese Bevorteilung von Baulandbesitzern bei der Debatte um die Einführung der Mehrwertabgabe als einzige Parteien bekämpft.

Mit dem neuen Raumplanungsgesetz des Bundes wird bekanntlich verlangt, dass Baulandverkäufer zwanzig Prozent des Bauland Mehrwertes als Mehrwertabgabe dem Staat abliefern müssen. Doch in dem vom Kantonsrat beschlossenen Gesetz sind bewusst Löcher eingebaut worden. Nicht alle Grundstückbesitzer werden gleich behandelt. So ist beschlossen worden, für Um- und Aufzoning von bereits eingezontem Bauland keine Mehrwertabgabe zu verlangen. Eine allfällige Einführung wird den Gemeinden überlassen. Dabei hatten gerade die Gemeinden ausdrücklich eine solche Einführung verlangt. Wie sich am Beispiel Goldau zeigt, tragen sie schliesslich die enorm hohen Kosten für Umzonungen und Quartiererschliessungen. Es ist bedenklich, aber die allermeisten Kantonsräte haben in dieser wichtigen Sache gegen die Wünsche ihrer Wohngemeinden gestimmt um die Bauland Profiteure zu schonen. Ein weiterer Skandal ist auch die Einführung eines Freibetrages von 10'000 Franken, der zu einem nicht nachvollziehbaren Steuerrabatt für alle Baulandverkäufer führt.

Bauland Profiteure werden geschont, gleichzeitig weigert sich der Kantonsrat bis heute, bei der Einkommenssteuer für Menschen mit tiefen Einkommen die Situation zu verbessern. Leider führt das heutige Machtkartell im Schwyzer Kantonsrat zu solch einseitigen Gesetzesvorlagen.

Andreas Marty, Kantonsrat Arth/Einsiedeln